

AUSSENWIRTSCHAFT

*

*

* * * * *

*(29)

Wirtschaftliche Aspekte des Zhao Ziyang-Besuches

Der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang besuchte vom 8. bis 17.6.85 die Bundesrepublik Deutschland. Im Vordergrund seines Besuches standen die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Doppelbesteuerungsabkommen

Am 10. Juni 1985 unterzeichneten die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik China ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen. Wie das Bundesfinanzministerium in Bonn mitteilte, unterzeichneten der chinesische Vizeministerpräsident Tian Jiyun und Außenminister Wu Xueqian für die chinesische Seite sowie Bundesaußenminister Genscher und Bundesfinanzminister Stoltenberg für die deutsche Seite diese Vereinbarung, mit der steuerliche Hindernisse beim grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr zwischen beiden Ländern abgebaut werden sollen. Das Abkommen soll nach seiner Ratifikation rückwirkend ab 1. Januar 1985 gelten, wobei die Regelungen für Zinsen und Lizenzgebühren erst zum 1. Juni 1985 in Kraft treten sollen.

Kernenergie-Memorandum

Am 10. Juni 1985 wurde das sog. Kernenergie-Memorandum unterschrieben, das "Memorandum of Understanding über den Bau des Kernkraftwerkes von Sunan" genannt wird. Die Unterzeichnung des Kernenergie-Memorandums bedeutet noch nicht die Vergabe von Reaktoraufträgen. Es handelt sich um eine Grundsatzklärung zu einer umfassenden nuklearen Zusammenarbeit mit der Aussicht, unter bestimmten Bedingungen chinesische Aufträge zu erhalten. Die Kraftwerkunion bewirbt sich z.Zt. um 2.000-MW-Blöcke für den Standort Sunan.

Bestandteil des Kernenergie-Memorandums ist ein Technologietransfer-Konzept, das die Möglichkeit eröffnet, zwei weitere Reaktoren zu liefern. Ob die Kraftwerkunion zum Zuge kommt, hängt davon ab, ob sie im harten Wettbewerb mit den Franzosen mithalten kann und ob die Finanzierung über Kompensation gesichert wird. Hinsichtlich der deutsch-chinesischen Überlegungen, abgebrannte Kernbrennstäbe gegen Entgelt in der Volksrepublik zu lagern, wurde nun bekannt, daß die deutsche Elektrizitätswirtschaft bereit sei, in einer sogenannten Pilotphase bis etwa zum Jahre 2000

rund 150 Tonnen Brennelemente zu übergeben, wenn Mengen frei verfügbar sind, die Entsorgung in China wettbewerbsfähig ist und das deutsche Entsorgungskonzept, das absolute Priorität behalten soll, nicht gestört wird.

Im Vergleich zum Kernkraftgeschäft, das mehrere Milliarden DM umfassen könnte, würden die von Beijing gewünschten Entsorgungsverträge nur mittelfristig mit wenigen Millionen DM an der Finanzierung beteiligt sein. Die Finanzierung von Kernkraftwerken soll auch durch langfristige Lieferungen von Uran und Nichteisen-Metallen abgesichert werden.

Erst nach dem Jahre 2000 soll die Volksrepublik weitere 850 Tonnen deutscher Brennelemente aufnehmen. Derzeit wird von einer direkten Endlagerung dieses Atommaterials ausgegangen, die Volksrepublik denke aber auch an eine spätere Zwischenlagerung und Aufarbeitung.

Kompensationsgeschäft über Nichteisen-Metalle

Wie am Rande des Staatsbesuches des chinesischen Ministerpräsidenten in Bonn bekanntgegeben wurde, soll eine Grundsatzvereinbarung zwischen der China National Non-ferrous Metals Industry Corporation (CNNC) und der Metallgesellschaft AG, Frankfurt, abgeschlossen worden sein. Ein zu erwartender Kernkraftwerk-Auftrag soll aller Voraussicht nach zu einem großen Teil mit Nichteisen-Metallen bezahlt werden. Dabei dürfte es sich um das größte Kompensationsgeschäft auf dem Gebiet der Nichteisen-Metalle und um wohl eines der größten Kompensationsgeschäfte zwischen der Volksrepublik und der Bundesrepublik überhaupt handeln. Das Volumen wird auf 1,5 Mrd. US\$ geschätzt. Die CNNC will mit Hilfe der Metallgesellschaft und ihrer Tochtergesellschaft Lurgi in einem Zeitraum von 15 Jahren Metalle, metallurgische Produkte und metallhaltige Vorstoffe produzieren und exportieren, wobei der Schwerpunkt auf den bisher bereits in China geförderten NE-Metallen liegen wird. Lurgi ist bereits damit beauftragt worden, für die Verarbeitung von schwefelhaltigen Bleikonzentraten in Bayin, Provinz Gansu, eine Bleihütte nach dem umweltfreundlichen QSL-Verfahren mit einer Kapazität von 52.000 Jahrestonnen zu errichten.

Industriekontakte

Während seines Aufenthaltes in der Bundesrepublik besichtigte Zhao Ziyang u.a. die Rheinischen Braunkohlewerte AG in Bergheim, die Mannesmann-Röhrenwerke AG, Mülheim/Ruhr, die Messerschmitt-Bölkow-Blohm-Betriebe in Hamburg, die Firma Siemens in Perlach und wei-

tere Firmen in Baden-Württemberg. Beim Besuch des Volkswagenwerkes in Hannover erklärte Zhao, daß er die Zusammenarbeit des Volkswagenwerkes mit der Volksrepublik zu schätzen wisse und daß er hoffe, daß diese Zusammenarbeit in Zukunft ausgeweitet werden könne. Der VW-Vorstandsvorsitzende Hahn teilte mit, daß das deutsch-chinesische Gemeinschaftsunternehmen Shanghai-Volkswagen schrittweise in den internationalen Fertigungsverbund der VW-Fabriken integriert werde. Bei Messerschmitt-Bölkow-Blohm informierte sich die chinesische Delegation vor allem über die Airbus-Produktion und moderne Industriefertigungen. Die Delegation besichtigte eines der drei für China bestimmten Flugzeuge vom Typ A 310-200. Die ersten beiden Airbuse sollen noch im Juni 1985 an die chinesische Zivilluftfahrtbehörde ausgeliefert werden.

China-Symposium des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft

Unter dem Titel "Volksrepublik China - ein Zukunftsmarkt für die deutsche Wirtschaft" veranstaltete der Ostausschuß der deutschen Wirtschaft am 10. und 11.6. im Wissenschaftszentrum in Bonn ein Symposium. Im Rahmen dieses ausgezeichnet organisierten Symposiums wurden die deutsch-chinesischen Kooperationserfahrungen auf breiter Ebene behandelt. Besonders wichtig waren die Beiträge erfahrener Praktiker über ihre speziellen Erfahrungen. Die Intensivierung der deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen kommt in der Zunahme der deutschen Firmenvertretungen in der Volksrepublik auf inzwischen über 50, vermehrte Teilnahme an Messen und in den Partnerschaften deutscher Bundesländer mit chinesischen Provinzen und Städten zum Ausdruck.

Die bedeutenden Möglichkeiten der deutschen Exportindustrie beim Anlagenbau und der Rohstofferschließung in der Volksrepublik zeigte der Vorsitzende des China-Arbeitskreises beim Ostausschuß, Heinrich Weiß, auf, auch wenn der internationale Wettbewerb insbesondere im Know-how-Geschäft groß sei. Eine Geschäftsanknüpfung sei grundsätzlich als "Chefsache" zu behandeln.

Über die nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten, Engpässe und Gefahren für Rückschläge, aber auch die beträchtlichen langfristigen Absatzchancen referierte ferner eine Reihe von deutschen Spitzenmanagern verschiedener Branchen. In einer Arbeitsgruppe wurde das Thema "Neueinstieg in den chinesischen Markt" behandelt. Es wurde hier deutlich, daß das infolge der Dezentralisierung in der chinesischen Wirtschaft erheblich gewachsene Problem, den richtigen Part-

ner für Geschäftskontakte zu finden, nicht leicht zu lösen ist. Diese Arbeitsgruppe kam auch zu der Erkenntnis, daß es Patentrezepte für die Geschäftsanbahnung nicht gebe.

In einer zweiten Arbeitsgruppe "Vertrag-, Lizenz-, Patent- und Steuerrecht sowie gewerblicher Rechtsschutz bei deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen" wurde über die Schwierigkeiten bei Vertragsabschlüssen mit Außenhandelsorganisationen berichtet, deren Zuständigkeiten sich mitunter überschneiden und die unterschiedliche Interessen haben können. Unbedingt erforderlich ist die präzise Formulierung der Garantiebedingungen und Abnahmetests in Verträgen. Die von chinesischer Seite üblicherweise vorgelegten Formularverträge können in zähen Verhandlungen abgewandelt werden. Die seit jeher bestehenden Schwierigkeiten, die chinesischen Partner zur Anerkennung ausländischen Rechts und einer internationalen Arbitrage zu veranlassen, sind durch ein im März erlassenes Gesetz über Außenwirtschaftsverträge verringert worden. In dem Gesetz, das am 1.7.1985 in Kraft tritt, ist die Zulässigkeit solcher Vereinbarungen ausdrücklich bestätigt worden.

Im Rahmen des Symposiums hielt der chinesische Ministerpräsident im Haus des Deutschen Industrie- und Handelstages am 10.6.1985 einen Vortrag über die Wirtschaftsreform und die wirtschaftlichen Perspektiven der Volksrepublik. Zhao betonte, daß es sich bei der sozialistischen Wirtschaft Chinas um eine plangeleitete Warenwirtschaft handele, die auf dem Gemeineigentum basiert. In gewisser Weise kritisch wies Zhao darauf hin, daß China im Außenhandel mit Westeuropa seit langem Defizite aufwiese. In den vergangenen sechs Jahren hätten sie insgesamt 4 Mrd. US\$ erreicht, allein im letzten Jahr betrugen sie 1 Mrd. US\$. Dies würde unausbleiblich die Zahlungsfähigkeit der Volksrepublik für eine verstärkte Einfuhr von Waren aus Westeuropa beeinträchtigen. Zhao sprach die Hoffnung aus, daß westeuropäische Staaten den Import von chinesischen Waren erleichtern können. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, sagte in seiner Erwiderungsrede u.a., daß die deutsche Wirtschaft der Volksrepublik China technische Maßbänze anbiete. Es sei aber nun einmal bekannt, daß diese teurer seien als Konfektion. Um diesen Preis seien Maßbänze allerdings auch passender und haltbarer. Wenn die deutschen Produkte etwas teurer sein sollten, dann könnte aber auch mit der Kontinuität von guter

Wertarbeit gerechnet werden. (FAZ, 25.5.1985, 8.6.85, 12.6.85; Ostinformation, 20.5.1985, 13.6.85, 14.6.85; NfA, 14.6.1985) -lou-

*(30)

Deutsch-chinesische Kooperations-Projekte

Die Deutsche Lufthansa und die chinesische Fluggesellschaft CAAC unterzeichneten ein Memorandum über ein zweiphasiges technisches Zusammenarbeitsprojekt. Mit diesem Projekt wird die Lufthansa Chinas wichtigster Partner bei der Wartung von Verkehrsflugzeugen. Die am 1. Juli 1985 beginnende erste Phase, die über ein Jahr gehen wird, sieht vor, daß Mitarbeiter der Lufthansa als technische Managementberater tätig sein und der CAAC dabei helfen werden, ihre Werkstätten zu modernisieren. Falls beide Luftgesellschaften die erste Phase zufriedenstellend beurteilen, soll in der zweiten Phase ein Joint Venture zur technischen Wartung von Flugzeugen in der Volksrepublik errichtet werden.

Der Chef der Lufthansa, Ruhнау, sprach bei der Unterzeichnung des Memorandums von dem bisher größten Kooperationsvorhaben seiner Gesellschaft mit einem ausländischen Luftfahrtunternehmen. Er veranschlagte das Investitionsvolumen für das angestrebte Gemeinschaftsprojekt "auf mehrere Hundert Millionen DM". Der Kapitalanteil der Lufthansa werde dabei "irgendwo zwischen 25 und 50% liegen".

Unabhängig von diesem Projekt hat die CAAC die Lufthansa mit einer Studie beauftragt, die Vorschläge für die Reorganisation der stark expandierenden Zivilluftfahrt in der Volksrepublik machen soll. Diese Studie wird nach Angaben der Lufthansa von der Bundesregierung finanziert. (Financial Times, 26.6.1985; NfA, 26.6.1985)

Am 3.6.1985 unterzeichnete die Siemens AG in Beijing mit der China International Trust and Investment Corporation (CITIC) einen Kooperationsvertrag. Er sieht vor, daß die CITIC den deutschen Partner bei seinen Geschäftskooperationen in China durch Beratung auf kommerziellem und juristischem Gebiet unterstützt, bei der Anbahnung von Geschäftskontakten hilft und sich darüber hinaus als Koinvestor an einigen Siemensprojekten beteiligt. Siemens hat bereits Vertretungen in Shanghai und Beijing eingerichtet und plant die Eröffnung von zwei weiteren in Guangzhou und Dalian. Siemens bewirbt sich u.a. um Beteiligung an dem riesigen "Drei-Schluchten"-Staudamm- und Wasserkraftprojekt, das bei Wuhan am Yangzi gebaut werden soll. (NfA, 4.6.1985)

Ein aus kleinen Anfängen auf die (bisherige) Rekordhöhe von mehr als 500 Mio. DM gesteigertes Handelsvolumen mit der Volksrepublik China erwartet die Thyssen Handelsunion AG, Düsseldorf, in ihrem Geschäftsjahr 1984/85, das am 30.9.1985 endet. Mit Aussicht auf ein in Verkauf wie Einkauf noch sehr großes Wachstumspotential kehrte eine vom Vorstandssprecher Fritz Welter geführte Delegation dieser Handelstochter des Thyssenkonzerns im April 1985 aus der Volksrepublik zurück. Erste Resonanz war die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens mit der Bezeichnung Jiangxi Chinesisch-Deutsche Gesellschaft mbH für wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit Sitz in Duisburg, an der Thyssen 50% hält. Das Hauptziel der Gesellschaft ist die Nutzung deutschen Erfahrungspotentials für Chinas Aufbau von Binnenwirtschaft, Wasserstraßen und Hafenwirtschaft. (Die Welt, 7.6.1985)

Der Chemiekonzern BASF wird in der Volksrepublik China zwei Anlagen zur Herstellung von Datenspeichern und von TDI, einem wichtigen Vorprodukt für die Herstellung von Polyurethan-Schaumstoffen, errichten. Entsprechende Verträge wurden, wie die BASF mitteilte, mit der China Electronics Import & Export Corp. und der China North Industry Corp. abgeschlossen. Die Anlage zur Herstellung von Datenspeichern mit einer Kapazität von jährlich 1,8 Mio. Discs wird in Shenzhen errichtet. Die TDI-Anlage mit einer Kapazität von 20.000 Jahrestonnen entsteht im Chemiekomplex Lanzhou in Mittelchina. In beiden Fällen wird die BASF das Know-how zur Verfügung stellen, die Planung und Montageleistung übernehmen, die wichtigsten Maschinen und Apparate liefern sowie chinesisches Personal innerhalb der BASF ausbilden. Die Leistungen der BASF erreichen den Angaben zufolge insgesamt ca. 56 Mio. DM. (NfA, 14.6.1985)

Die erste deutsch-chinesische Gemeinschaftsfirma im Agrarbereich, die im Mai 1985 gegründete China Anness Meat Ltd., wurde offiziell von der chinesischen Regierung bestätigt. Für das Unternehmen, an dem das bedeutende deutsche Fleischverarbeitungsunternehmen Anness Fleisch KG, Niebüll (Nordfriesland), und die China General Corp. of Animal Husbandry & Commerce in Beijing beteiligt sind, wird von den Chinesen ein Großschlachthof mit Kühlhäusern bei Beijing gebaut. Die Investitionen des Projektes, das eine Kapazität für die Schlachtung von jährlich 30.000 Rindern und 100.000 Schafen erhalten soll, werden mit umgerechnet 11 Mio. DM beziffert. Es

soll im September 1986 in Betrieb gehen. Das Unternehmen soll einen deutschen Direktor und einen chinesischen Aufsichtsratsvorsitzenden erhalten. Wenn sich die Zusammenarbeit bewährt, soll spätestens 1987 mit dem Bau eines zweiten Schlachthofes mit einer Schlachtkapazität für 220.000 Schweine jährlich begonnen werden. (FAZ, 26.6.1985) -lou-

*(31)

Regelungen für Technologie-Import-Verträge in Kraft getreten

Am 3. Juni 1985 gab die staatliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua den Text der "Regelungen der Volksrepublik China über die Kontrolle von Technologie-Importverträgen" bekannt, die vom Staatsrat bereits am 14. Mai 1985 verkündet worden waren. Unter die Regelungen fallen nach Artikel 2:

1. Patente, Technologietransfers, Lizenzen und andere industrielle Produktionsfranchises.
2. Spezialisierte Technologie, wie z.B. technologische Prozesse, Dokumentationen, Produktdesign, Qualitätskontrolle sowie Management in der Form von Plänen, technischen Daten und technischen Normen.
3. Technische Dienste.

In Artikel 3 wird gefordert, daß die importierte Technologie modern und anwendbar sein muß und daß sie einer der im Gesetz genannten Anforderungen entsprechen muß. Die weiteren Artikel enthalten Details über die Ausgestaltung von Technologie-Importverträgen. In Artikel 12 wird bestimmt, daß das Ministerium für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel dafür verantwortlich ist, diese Regeln zu erklären und Anwendungsbestimmungen für diese Regelungen zu formulieren. (Xinhua, 3.6.1985, zit. nach SWB, 7.6.1985) -lou-

*(32)

Wechselseitige Beschwerden über Handelspartner

In einigen Bereichen der deutschen Wirtschaft wurde über mangelnde Vertragstreue chinesischer Partner geklagt. So wurde beklagt, daß im Zuständigkeitsbereich der Machimpex Lieferungen verzögert würden. In der Chemie wurde ein Marktverhalten kritisiert, das dazu führe, daß einzelne Abnehmer in Schwierigkeiten gerieten. Besonders betroffen vom chinesischen Verhalten zeigten sich die Medima-Werke Karl Scheurer KG in Maulburg, einer der größten Verarbeiter von Angorawolle in der Welt, der seit den 70er Jahren Angora-Rohwolle aus chinesischen Zuchten bezieht. Die Volksrepublik produziert 90% der Angorawolle in der Welt. Seit verganginem Jahr hielten sich nach Angaben des Unternehmens die chi-

nesischen Partner plötzlich nicht mehr an fest abgeschlossene Lieferverträge. Angesichts der inzwischen eingetretenen Preissteigerungen für Angora-Rohwolle machten die chinesischen Lieferanten plötzlich Zuschläge auf vertraglich festgehaltene Preise. Da das Unternehmen bisher nicht bereit gewesen sei, die Verträge dem Marktpreis plus Prämienzuschlägen anzupassen, lieferten die Chinesen nicht. Seit dem vergangenen Jahr sei eine Lieferung von 150 t Angorawolle überfällig.

Die Ursachen dieser veränderten Haltung der Chinesen sind in der Dezentralisierung der Außenwirtschaft zu suchen. Die chinesischen Produzenten exportieren in der Regel nicht selbst, sondern über zwischengeschaltete staatliche Handelsgesellschaften. Für manche chinesische Betriebe ist es interessanter, die Ware an andere Abnehmer zu verkaufen, um höhere Gewinne zu erzielen. Im Medima-Fall haben sich die Verhältnisse nach Darstellung des deutschen Unternehmens so gewandelt, daß die Angorawolle produzierenden Bauern jetzt nicht mehr nur wie bisher an den Staat als Abnehmer, sondern auch an private Händler verkaufen könnten. Bei diesen Händlern soll es sich zum Teil um Chinesen aus Hongkong handeln, die "schwarz" Geld umtauschen und damit den Bauern die Wolle zu höheren Preisen abnehmen könnten.

Von der chinesischen Seite wird über die mangelhafte Qualität mancher Importwaren geklagt. So haben, nach Angaben der Staatlichen Verwaltung für Import- und Exportüberwachung, deren Inspektoren insgesamt 4.683 Einheiten importierter Güter im 1. Quartal 1985 beschlagnahmt. Dies waren 12% aller überprüften Güter. Im Jahre 1984 sollen 15% aller inspizierten Güter mangelhaft gewesen sein. Nach Angaben eines Verwaltungskaders würden die Kompensationszahlungen nicht die Verluste ersetzen.

Es wurden folgende Beispiele angeführt: Die von dem Eisen- und Stahlkomplex in Anshan gekauften hydraulischen Röhrenprüfmaschinen einer japanischen Firma im Werte von 380 Mio. Yen seien mangelhaft verarbeitet und verpackt gewesen. 50 t dampffestes Cellophan aus Japan, das von der Light Industrial Products Import-Export Corporation gekauft worden war, war nicht verwendungsfähig. Die Fuzhou Huafu-Gesellschaft kaufte 19 Nylon-Reißverschluß-Maschinen im Werte von 210.000 US\$. Die Maschinen arbeiteten nicht ordentlich, und zwar sogar dann noch nicht, nachdem die Japaner 200 Einzelteile eingebaut hatten. Der Eisen- und Stahlkom-

plex von Wuhan gab 2 Mio. Yuan für Ersatzteile für schweizer Lastwagen aus, die für 5,63 Mio. Sfrs gekauft worden waren. Mehrere Einzelsysteme der Lastwagen arbeiteten nicht funktionsgerecht. (FAZ, 10.6.85; Ostinformationen, 14.6.85; XNA, 15.6.85) -lou-

*(33)

Kritische Beurteilungen der Wirtschaftssonderzonen

Während eines Besuches in der Industriezone Shekou der Wirtschaftssonderzone Shenzhen äußerte sich der stellvertretende Premierminister Yao Yilin über die Entwicklung der Wirtschaftssonderzone. Das Kapital für den Aufbau der Wirtschaftssonderzone Shenzhen kommt hauptsächlich vom Staat, noch für eine lange Zeit müßten diese "Bluttransfusionen" des Staates beibehalten werden. Yao Yilin wies aber darauf hin, daß die Wirtschaftsszone nicht eine lange Zeit von den "Bluttransfusionen" des Staates abhängig sein könne. In Anbetracht der gegenwärtigen Situation sollte die "Nadel" entfernt werden. Darauf antwortete Yuan Geng: Die "Nadel" kann nicht sofort entfernt werden. Falls sie entfernt wird, ist das Leben der Wirtschaftssonderzone "in Gefahr". Auf die Frage von Yao Yilin, was man in diesem Falle tun sollte, antwortete Yuan Geng: Die "Transfusion" kann von 100 ccm auf 50 ccm und danach allmählich immer mehr herabgesetzt werden, um das Überleben der organisatorischen "Funktionen" zu stützen.

Staatskommissar Gu Mu besuchte kürzlich die Wirtschaftssonderzone Shantou. Er führte aus, daß die 4 Wirtschaftssonderzonen und die 14 offenen Küstenstädte nicht alle die gleiche Form der Öffnung hin zur Welt annehmen können; sie sollten jeweils ihre eigene Form finden, und zwar im Lichte der historischen Bedingungen und der gegenwärtigen Grundlagen im Bereich des Nachrichtenwesens, des Transports, der Landwirtschaft und der Industrie. Gu Mu betonte, daß die Wirtschaftszonen nicht länger die Form von Weiterverarbeitungszonen annehmen sollten, sondern statt dessen in umfassend entwickelte Wirtschaftssonderzonen verwandelt werden müßten. Obgleich der Aufbau in diesen Zonen noch im Gange sei, sollte jedoch zur Kenntnis genommen werden, daß die Wirtschaftssonderzonen der Volksrepublik nicht genau dem gleichen Weg wie die Sonderzonen und Verarbeitungszonen in anderen Teilen der Welt folgen würden. Gu Mu fügte hinzu, daß die Wirtschaftssonderzone von Shantou die wirtschaftlichen Ergebnisse betonen und sich hinsichtlich der Investitionen und des Wachstums nicht mit Shenzhen und Zhuhai vergleichen lassen müs-

se. Der Grund liege in den unterschiedlichen Bedingungen.

Hu Qiaomu wies darauf hin, daß Unternehmen mit ausländischen Investitionen keine Konzessionsgebilde seien und daß deren übertriebenen Forderungen nicht stillschweigend zugestimmt werden könne. Die Äußerung wurde während einer Inspektionsreise in die Wirtschaftssonderzone Xiamen gemacht. Hu erklärte weiter, daß die Wirtschaftssonderzonen keine politischen Sonderzonen seien und daß sowohl Joint Ventures als auch 100%ige ausländische Unternehmen die Gesetze der Volksrepublik beachten müßten. Historisch gesehen seien die Konzessionsgebiete im Alten China aufgrund der Bemühungen der ausländischen Gesellschaften und Unternehmen entstanden. Die Qing-Dynastie hatte eine indifferente Einstellung gegenüber diesen Dingen.

Nach Angaben der in Hongkong erscheinenden Zeitschrift Ming Bao erklärte Hu Qiaomu wörtlich: "Wir müssen die Dinge zu Beginn sehr genau prüfen, und wir sollten nicht leichtsinnig unsere Rechte aufgeben. Den übermäßigen Forderungen der Firmen sollte nicht stillschweigend entsprochen werden. Ein Beispiel bilden die kommunistischen Parteien in Europa und Amerika. Abgesehen von den Vereinigten Staaten sind diese Parteien überall legal, und zwar auch ihre Aktivitäten in den Unternehmen. Wie kommt es, daß im sozialistischen China es kommunistischen Organisationen nicht erlaubt ist, in ausländischen Unternehmen präsent zu sein, und daß die kommunistische Partei keine öffentlichen Aktivitäten in jenen Unternehmen ausüben kann? ... Im Ausland sind die Rechte der Gewerkschaften beträchtlich und ihr Status ist hoch. Dies ist auch gesetzlich vorgeschrieben. Wenn jedoch ausländische Geschäftsleute Fabriken in Shenzhen leiten, so zeigen sie keine Achtung für die Gewerkschaften. Wenn sie in unsere Sonderzonen kommen, vergessen sie sogar die Gesetze ihrer eigenen Länder."

Des weiteren sagte er, daß den ausländischen Unternehmen verschiedene Vorzugsregelungen gewährt würden. Die Regierung solle sie jedoch gleichwohl kontrollieren. So sollten z.B. die ausländischen Unternehmen und Joint Ventures wirtschaftlich überwacht werden. Das Rechnungswesen aller wirtschaftlichen Organisationen müsse der Überprüfung durch die Rechnungsprüfungsorganisationen unterliegen. Als die Rechnungsprüfungsorganisation das Rechnungswesen ausländischer Unternehmen und Joint Ventures in Shenzhen im Jahre 1984 überprüfte, wurden viele

Probleme entdeckt. Das Rechnungswesen einiger Betriebe befand sich in Hongkong anstatt in Shenzhen, und es gab keine Möglichkeit, diese Unternehmen zu kontrollieren. Sogar bei jenen Unternehmen, deren Rechnungswesen in Shenzhen war, waren einige der Originaldokumente verloren gegangen, die Buchführung war teilweise falsch, und andere Betriebe hatten eine doppelte Rechnungsführung, um Steuern zu hinterziehen. (Ming Bao, 4.6.85, zit. nach SWB 7.6.85; Ming Bao, 22.6.85, zit. nach SWB, 25.6.85) -lou-

*(34)

Steuerregelung für ausländische Unternehmen führte zur Verwirrung

Die am 14. Mai 1985 veröffentlichten Vorläufigen Vorschriften für die Industrie- und Handelssteuer für ausländische Unternehmen hatten bei vielen ausländischen Firmen zur Verwirrung geführt. Wie sich inzwischen herausstellte, wurden die neuen Steuererlasse aber teilweise falsch verstanden. In Wirklichkeit geht es der Volksrepublik darum, die auf Berater- oder Vermittlerfunktionen spezialisierten ausländischen Unternehmen und Filialbetriebe gemäß den internationalen Usancen zu erfassen. Es wird nicht eine 15%ige Einkommensteuer erhoben, sondern es werden 15% der Erträge dieser Unternehmen als einkommensteuerpflichtiger Gewinn angesehen. Folgendes Beispiel illustriert die Regelung. Wenn eine in der Volksrepublik tätige ausländische Gesellschaft für Beraterhonorare insgesamt 100.000 Yuan einnimmt, dann sieht der chinesische Fiskus 15% davon, also 15.000 Yuan, als steuerpflichtigen Gewinn an. Bei einer Einkommensteuer von 30%, die sich aus einer 20%igen Gewinnsteuer und einer 10%igen Lokalsteuer zusammensetzt, ergibt sich dann ein Steueraufkommen von 4.500 Yuan. Die 15%-Regel ist eine Pauschalregel, die dann eintritt, wenn das Unternehmen keine detaillierte Abrechnung vorlegt und den effektiven Gewinn zur Versteuerung meldet.

Bislag waren auf Beratungstätigkeiten spezialisierte Unternehmen vom chinesischen Fiskus nicht erfaßt worden. Die Steuern sind auf alle Honorare anzuwenden, die aus Verträgen mit China resultieren, unabhängig davon, ob sie in China selbst oder im Ausland beglichen werden. Sämtliche Erträge unterliegen einer 5%igen konsolidierten Industrie- und Handelssteuer. (XNA, 14.5.85, zit. nach SWB 16.5.85; NZZ 23.5.85) -lou-

*(35)

Volksrepublik konkurrenzfähig bei kommerziellen Satelliten

Nach Angaben des Ministeriums für Luftfahrtindustrie ist die Volksrepublik nun in der Lage, auf dem Weltmarkt mit kommerziellen Kommunikationsatelliten, die durch Raketen transportiert werden, zu konkurrieren. Das Ministerium teilte weiter mit, daß es nun Aufträge zur Platzierung von Satelliten oder zur Bergung von bereits im Umlauf befindlichen Satelliten annehmen würde. Die Volksrepublik hat bereits 16 Experimental-Satelliten mit Raketen, die auf der Basis von militärischen Raketen entwickelt wurden, in den Luftraum geschossen. Für kommerzielle Zwecke wird wahrscheinlich ein Satellitenträger mit Namen "Langer Marsch 3" verwendet.

Nach Angaben des Generaldirektors des Auslandsbüros des chinesischen Raumfahrtministeriums, Zhang Jiqing, ist China in der Lage, alle kommerziellen Dienste im Weltraum, von der Herstellung von Raketen und Bodenstationen bis zur Bergung von Satelliten, auszuführen. Die Volksrepublik werde jedoch selbst keine Raumfahrtprojekte durchführen, weil diese Projekte zu teuer seien und zu wenig praktische Ergebnisse brächten. China beabsichtige nicht, mit den Supermächten in einen Weltraum-Wettkampf einzutreten. Vielmehr würden die chinesischen Bemühungen auf dringend benötigte Projekte konzentriert, z.B. Projekte zur Entwicklung der Volkswirtschaft, darunter Radio- und Fernsehsendungen, die Erforschung von Ressourcen auf der Erde, meteorologische und andere wissenschaftliche Experimente. Der Satellitenträger "Langer Marsch 3", der in den letzten beiden Jahren fertiggestellt wurde, ist eine dreistufige Rakete, die Flüssigtreibstoff verwendet. Die Rakete kann kleinere Satelliten in sehr große Umlaufbahnen und größere Ladungen in kleinere Umlaufbahnen transportieren. (Financial Times, 13.6.1985) -lou-

*(36)

Weltbank beteiligt sich an chinesischer Lastwagenfabrik

Die Weltbank in Washington wird sich mit einem Kredit von 15 Mio. US\$ an der Finanzierung einer Gemeinschaftsgründung der Volksrepublik China und des französischen Automobilunternehmens Peugeot beteiligen. Die Weltbank übernimmt 2 Mio. US\$ oder 8% des Aktienkapitals der Guangzhou Peugeot Automobile Company Ltd. (GPAC) bei Guangzhou in der Provinz Guangdong.

Das neue Automobilwerk, dessen erste Ausbaustufe 79,5 Mio. US\$ kostet, soll zunächst jährlich

15.000 Transportfahrzeuge mit einer Nutzlast von 1 t herstellen. Bisher hat China nur schwere Nutzfahrzeuge selbst produziert. Nach Angaben der Weltbank besteht für die Fahrzeuge vor allem in der Landwirtschaft und dem Dienstleistungsgewerbe ein großer Bedarf. Durch die eigene Fertigung spare die Volksrepublik jährlich etwa 11 Mio.US\$ an Devisen. In zwei weiteren Ausbaustufen, an deren Finanzierung sich die Weltbank ebenfalls beteiligen will, soll die Kapazität auf jährlich 50.000 Fahrzeuge erhöht werden.

Am Kapital der GPAC von insgesamt 25,3 Mio.US\$ beteiligen sich neben der staatlichen chinesischen Automobilfirma Guangzhou Automobile Manufactory und einer staatlichen chinesischen Investmentgesellschaft (insgesamt 16,7 Mio.US\$) Peugeot (5,6 Mio.US\$) und die Banque Nationale de Paris (1 Mio.US\$). Nach Angaben der Weltbank haben die chinesischen Aktionäre im Grundsatz zugestimmt, zwei Jahre nach Beginn der Fertigung etwa 10% der Aktien an die chinesische Öffentlichkeit auszugeben. Dabei solle nach dem bisherigen Stand der Planung die Belegschaft, die zunächst 1.900 Mitarbeiter umfassen wird, bevorzugt werden.

Die Finanzierung des Projektes in Guangzhou wird von der Weltbanktochter International Finance Corporation abgewickelt, die sich auf die Finanzierung von Investitionen in Entwicklungsländern mit privater Beteiligung spezialisiert hat. Die Volksrepublik wird für den Kredit über 15 Mio.US\$ einen "marktüblichen" Zins zahlen, der am Londoner Interbanken-Zins (Libor) orientiert ist. Nach eigenen Angaben verhandelt die International Finance Corporation z.Zt. in der Volksrepublik über vier weitere Gemeinschaftsgründungen mit französischen, amerikanischen und deutschen Investoren. (FAZ, 28.6.85) -lou-

*(37)

Volksbank nimmt an BIZ-Versammlung teil

Zum ersten Mal wird in diesem Jahr auch die Volksrepublik China an der Jahresversammlung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel teilnehmen. Der Delegationsleiter der chinesischen Volksbank, die als Zentralbank fungiert, erklärte vor der Abreise nach Basel, daß die Volksbank künftig eine größere Rolle im internationalen Finanzwesen spielen wolle. In Basel wollen die Chinesen hauptsächlich Probleme, die sich aus dem Umgang mit den Währungsreserven ergeben, ansprechen sowie mit den ausländischen Kollegen über eine Ausweitung der Zusammenarbeit im Finanzbereich

sprechen. Die Volksbank unterhält seit 1984 Kontakte zur BIZ, gehört aber nicht zu deren 29 Vollmitgliedern. (dpa, 7.6.1985, zit. nach Ostinformationen, 10.6.1985) -lou-

WIRTSCHAFT

*

*

* * * * *

*(38)

Energieeinsparungen in ländlichen Gebieten gefordert

Die Volkszeitung vom 12.Juni 1985 rief dazu auf, in den ländlichen Gebieten Energie zu sparen, um dem Energiemangel zu begegnen. Die Nachfrage nach Energie in den ländlichen Gebieten könne von nun 500 Mio.t Standardkohle pro Jahr auf 700 Mio.t um das Jahr 2000 steigen, während das Angebot dann nur ca. 500 Mio.t betragen könne. Nach Angaben der Zeitung wird geschätzt, daß nur ca. 50-60% der Nachfrage erfüllt werden könnten und daß das Wachstum des Transportwesens und der Industrie in den ländlichen Gebieten das Problem nur noch vergrößere. Durchschnittlich benötige jeder ländliche Haushalt 4.500 Kilokalorien für die täglichen Mahlzeiten, doch nur 3.500 Kilokalorien stünden zur Verfügung. Das Problem könne teilweise dadurch gemildert werden, daß Öfen verbessert und isoliert werden, um die Wirksamkeit zu erhöhen. Verbesserte Öfen erreichten oft die zweifache Leistung der konventionellen Öfen. Ca. 20% der erzeugten Elektrizität ginge durch beschädigte Leitungen verloren. Drei Millionen Traktoren und fünf Millionen Be- und Entwässerungsmaschinen, die in den fünfziger und sechziger Jahren hergestellt worden waren, hätten eine niedrige Energieausnutzung.

Ländliche Industriebetriebe in einigen Gebieten wären beträchtlich leistungsfähiger als andere Industriebetriebe. Ländliche Betriebe in den Provinzen Jiangsu, Zhejiang, Guangdong und in der Stadt Shanghai könnten pro drei bis fünf Tonnen Standardkohle 10.000 Yuan Wertschöpfung hervorbringen, während Betriebe in den Provinzen Shaanxi und Shanxi sowie in den Autonomen Regionen Ningxia und Innere Mongolei 14 bis 20 Tonnen Standardkohle benötigten, um die gleichen Ergebnisse zu erzielen.

In den letzten Jahren seien verschiedene Schritte unternommen worden, um die Energieprobleme in den ländlichen Gebieten zu verringern. Die Bauern würden ermutigt, energiesparende Maßnahmen vorzunehmen und alternative Energierarten zu nutzen, wie beispielsweise

Biogas, Solarenergie und kleine Wasserkraftwerke. (RMRB, 12.6.1985) -lou-

*(39)

Bau-Boom auf dem Lande

Jeder der 200 Millionen ländlichen Haushalte in der Volksrepublik baute in den letzten 5 Jahren durchschnittlich 12 qm Wohnraum. Nach einer Mitteilung des Ministeriums für Städtisches und Ländliches Bauwesen und Umweltschutz wurden in dem genannten Zeitraum insgesamt 2,4 Milliarden qm Wohnraum errichtet, wodurch die Lebensbedingungen der ländlichen Einwohner beträchtlich verbessert wurden. Zusätzlich wurden 1,2 Milliarden qm an Fabrikgebäuden, Einzelhandelsgeschäften, Warenhäusern, Schulen, Kindergärten und Altenheimen gebaut. Der Bau-Boom folgte auf mehrere gute Ernten und wurde durch das Florieren der Dorfindustrien in den ländlichen Gebieten getragen.

Mehr als 80% der neuen Häuser sind mit Backsteinen und Dachziegeln gebaut, und ein Viertel sind zwei- oder dreistöckige Gebäude. Als der Bau-Boom im Jahre 1978 begann, bestanden 57% der ländlichen Häuser aus sonnengetrockneten Ziegeln und Strohdächern. In einigen entwickelten Gebieten der Provinzen Jiangsu, Zhejiang, Guangdong, Shandong und Liaoning verwenden die Bauern Plastik- und Auslegematerialien, um die Böden und Decken ihrer Häuser zu dekorieren. Die Dekorationen und Muster sind oft attraktiver als in den städtischen Wohnungen. In der genannten Periode nahm die Installation von Wasserleitungen von 5 auf 10% zu.

Da das Ackerland in der Volksrepublik begrenzt ist, wurde im Jahre 1982 im ganzen Lande ein Verwaltungssystem aufgebaut, das die Aufgabe hat, die Nutzung des Ackerlandes zu kontrollieren und Anleitung zum ländlichen Bauen zu geben. Gegen Ende 1984 hatten 57% aller ländlichen Kleinstädte und 51% aller Dörfer Baupläne erstellt. Insgesamt wurden 290.000 Planungstechniker ausgebildet. Gegen Ende 1985 sollen die Planungsarbeiten für alle Kleinstädte und Dörfer beendet sein. (XNA, 5.6.85) -lou-

*(40)

Entwicklung der Inlandsgebiete gefordert

Lu Dadong, der Direktor des Amtes für die Anpassung, Reform und Investitionsplanung im Bereich der sogenannten Dritten Front (womit die Hinterlandgebiete gemeint sind), wies darauf hin, daß die Zusammenarbeit zwischen den Küstengebieten und den Hinterlandgebieten kein generelles Problem hinsichtlich der wissenschaftli-